

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Florian von Brunn

Abg. Dr. Martin Huber

Abg. Eva Lettenbauer

Abg. Rainer Ludwig

Abg. Ulrich Singer

Abg. Martin Hagen

Abg. Raimund Swoboda

Abg. Jochen Kohler

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Johannes Becher

Abg. Bernhard Seidenath

Staatsministerin Ulrike Scharf

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der SPD-Fraktion

"In der Krise gewinnen wir nur gemeinsam: Soziale Politik und Verantwortung für Bayern und Deutschland!"

Sie kennen das Prozedere. Als erster Redner hat sich Kollege Florian von Brunn auf die Rednerliste setzen lassen. Bitte schön.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir sind in der schwersten Krise dieses Landes seit Jahrzehnten. Die Energiepreise explodieren, die Inflation beschleunigt sich, eine Wirtschaftskrise bahnt sich an,

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): SPD-Regierung!)

ausgelöst durch den Krieg, den der russische Diktator Putin gegen die Ukraine entfesselt hat. Das ist eine Situation, die größte gemeinsame Anstrengungen und Zusammenhalt erfordert, keine schrille Opposition und parteipolitisch motivierte Spaltung.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Ulrich Singer (AfD))

Die Bundesregierung unter Kanzler Olaf Scholz handelt entschlossen. Wir helfen den Menschen mit fast 100 Milliarden Euro.

(Tobias Reiß (CSU): Schön wär's!)

Familien mit zwei Kindern und normalem Einkommen erhalten in diesem Jahr rund 2.000 Euro an Hilfen und Entlastungen.

(Beifall bei der SPD – Ulrich Singer (AfD): Das Geld kommt nicht an, Herr Kollege!)

Die Gasspeicher in Deutschland sind trotz Lieferstopps aus Russland jetzt schon zu über 90 % gefüllt. Wir installieren in Rekordzeit Flüssigasterminals vor den deutschen

Küsten. Wir beschleunigen die Energiewende mit einer Konsequenz und Entschlossenheit wie nie zuvor in Deutschland.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden neben den Strompreisen auch die Gaspreise dämpfen. Das zeigt: Die SPD und auch die Ampel insgesamt lassen niemanden allein. Wir tun das Notwendige. Wir handeln mit Mut und Tatkraft, und wir übernehmen Verantwortung für unser Land in dieser schwierigen Zeit.

(Beifall bei der SPD)

Ich würde mir das Gleiche von der Opposition wünschen, aber leider ist das nicht der Fall. Seit Monaten erleben wir eine Opposition aus CSU und CDU, die schrill kritisiert, die alles schlechtmacht und nur mit dem Finger nach Berlin zeigt. Wir erleben eine CSU, die alles besser weiß, aber nichts besser macht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN sowie des Abgeordneten Martin Hagen (FDP))

Die schwere Krise, in der wir uns befinden, erfordert aber Gemeinsamkeit und Zusammenhalt. Egoismus ist jetzt fehl am Platz. Leider sind wir aber wieder in der gleichen Situation wie im Bundestagswahlkampf. Markus Söder ging es damals nicht um unser Land. Es ging um seine Kanzlerkandidatur. Jetzt steht die Landtagswahl 2023 an, und Markus Söder geht es nur darum, Ministerpräsident zu bleiben. Aus diesem Grund fährt er seit Monaten eine Strategie, die dem Land schadet. Er betreibt Fundamentallopposition in einer Situation, in der vor allem Zusammenarbeit das Gebot der Stunde wäre. Markus Söder und Friedrich Merz spalten Deutschland, um daraus parteipolitischen Profit zu schlagen,

(Beifall bei der SPD)

und spielen so Putin in die Hände. Genau das will der russische Diktator. Er will uns spalten und Streit schüren. Herr Söder setzt parteipolitisches Kalkül und die eigene Karriere vor die Interessen des eigenen Landes. Konservative bezeichnen so etwas normalerweise als unpatriotisches Verhalten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wie man es auch nennt: Das schadet Deutschland, und das schadet Bayern. Und dabei gäbe es im Interesse der Menschen so viel zu tun, zum Beispiel bei der Energieversorgung. Wir haben in der Ampel unideologisch den Streckbetrieb für Atomkraftwerke geprüft und sind grundsätzlich bereit, Isar 2 in diesem Winter weiterlaufen zu lassen. Damit aber die Energiepreise wieder bezahlbar werden und unsere Energieversorgung und unsere Arbeitsplätze gesichert sind, müssen wir in Bayern jetzt endlich das tun, was über viele Jahre versäumt worden ist, und wir müssen alle erneuerbaren Energien kraftvoll ausbauen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

An dieser Stelle verlange ich von Ihnen, von der CSU, dass Sie Ihre verstaubte, rückschrittliche Ideologie beiseitelassen und bereit sind, neue Wege zu gehen.

(Beifall bei der SPD)

Sich immer nur selbst zu loben für vermeintliche Erfolge – die allerdings offensichtlich nicht ausreichen –, sichert nicht unsere Energieversorgung in der Zukunft. Wasserkraft zum Beispiel wird in Bayern seit über 100 Jahren genutzt. Vorangebracht haben sie Pioniere wie Oskar von Miller; damals hat es die CSU noch nicht einmal gegeben. Aber das Wasserkraftpotenzial ist ziemlich ausgeschöpft. Zudem liefert Wasserkraft bei Trockenheit und Hitze wenig Energie. Das haben wir in diesem Sommer europaweit erlebt.

Auch Photovoltaik allein reicht nicht aus. Nur mit Sonnenenergie sind wir zu einseitig aufgestellt. Die Photovoltaik liefert zum Beispiel im Winter nicht genug Energie. Das

kann Ihnen jeder Hausbesitzer sagen, der PV auf dem Dach hat. Gerade für den Winter brauchen wir die Windkraft und die Geothermie.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb: Schluss mit der Ideologie! Lassen Sie uns handeln! Wir wollen ein bayerisches Energiesparprogramm, das seinen Namen verdient. Wir müssen den Windkraftstopp – 10 H – endlich aufheben. Wir müssen die notwendigen Stromleitungen ausbauen. Und: Wir fordern ein starkes bayerisches Programm für Geothermie; denn dafür haben wir in Bayern großes Potenzial.

(Beifall bei der SPD)

Wie man Geothermie nutzt, können Sie in einigen Kommunen wie Holzkirchen, Unterhaching und München besichtigen. In München werden ab dem Jahreswechsel 80.000 Haushalte durch Geothermie mit klimaneutraler Wärme versorgt, ganz ohne russisches Gas. Wer dazu nichts beigetragen hat – man muss es leider so sagen –, ist diese Koalition aus CSU und FREIEN WÄHLERN.

(Widerspruch bei der CSU)

Neben der Energieversorgung geht es natürlich auch um die Energiepreise. Wir helfen den Menschen, die ihre Energiekosten nicht mehr bezahlen können. Wir wollen und dürfen sie nicht alleinlassen. Die Bundesregierung hat deshalb bereits das dritte Entlastungspaket vorgelegt – das dritte!

In den drei Entlastungspaketen sind nicht nur 300 Euro Energiekostenpauschale enthalten, sondern auch die Senkung der Mehrwertsteuer auf Gas, die Erhöhung des steuerlichen Grundfreibetrags, die Erhöhung des Arbeitnehmer-Pauschetrags und der Pendlerpauschale, 100 Euro Einmalzahlung pro Kind, eine Erhöhung des Kindergelds, der Heizkostenzuschuss, die Ausweitung des Wohngelds – und viele, viele weitere Maßnahmen. Noch einmal für Sie zum Mitschreiben: 100 Milliarden Euro!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir wissen, dass das wahrscheinlich noch nicht ausreichen wird, weil die Gas- und Strompreise durch die Decke gegangen sind und Putin den Gashahn zuge dreht hat. Und: weil erneuerbare Energien und Stromleitungen von der CSU blockiert wurden – eine Tatsache, auf die die Landtagspräsidentin vor Kurzem öffentlich hingewiesen hat.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ein Grund ist aber auch, dass die von Ihnen hochgelobte Atomkraft in Frankreich in diesem Sommer in die Knie gegangen ist. Nehmen Sie das eigentlich zur Kenntnis? Spielt das bei Ihnen irgendeine Rolle?

Sei es, wie ihm wolle: Die Bundesregierung stellt sich diesen Problemen. Es wird eine Strompreisbremse geben. Wir werden auch die Gaspreise dämpfen.

(Beifall bei der SPD)

Wer – wie Sie – über die hohen Energiekosten öffentlich klagt, der sollte nicht nur Vorwürfe erheben, sondern auch selbst handeln. Stephan Weil bringt in Niedersachsen einen Nachtragshaushalt mit 1 Milliarde Euro an Hilfen und Entlastungen auf den Weg. Wir, die SPD hier im Landtag, hatten bereits im Mai zum ersten Mal ein Entlastungspaket für die Menschen in Bayern vorgeschlagen.

Meine Kollegin Doris Rauscher, Vorsitzende des Sozialausschusses, hat bereits vor der Sommerpause auf die schwierige Lage der Wohlfahrtsverbände und Sozialinstitutionen aufmerksam gemacht und Hilfen gefordert. Wir handeln und setzen uns für die Menschen ein. Sie haben bisher nichts getan und nur mit dem Finger nach Berlin gezeigt.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben auf unserer Klausur in Nürnberg am vergangenen Dienstag noch einmal konkrete Vorschläge für ein bayerisches Entlastungspaket vorgelegt. Immerhin – diese

Botschaft ist bei Ihnen angekommen. Es ist vernünftig, dass auch Sie jetzt etwas tun wollen, anstatt immer nur nach Berlin zu rufen. Das unterstützen wir gern.

Aber ganz ehrlich: Niedersachsen hat nur halb so viele Einwohner wie Bayern und bringt denselben Betrag auf, den Sie jetzt vorschlagen. Das kann nicht sein. Wir sind der Auffassung: Bayern kann mehr. Bayern kann mehr für die Menschen hier im Freistaat tun.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb schlagen wir einen Winterwärmefonds vor, der den Menschen in Bayern hilft, die ihre Energiekosten nicht tragen können und bei denen die sozialen Sicherungssysteme nicht greifen. Damit helfen wir im Übrigen auch unseren Stadtwerken.

Lassen Sie uns vorangehen mit einem 29-Euro-Ticket für den öffentlichen Nahverkehr in Bayern.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das hilft vielen Menschen in Stadt und Land.

Außerdem wollen wir als SPD 200 Euro pro Kind als Einmalzahlung, das heißt einen bayerischen Kinderzuschlag.

Das sind nur einige unserer Vorschläge. Wir sind der Überzeugung: Wenn der Bund und Bayern zusammenhelfen, dann springt mehr für die Menschen in unserem Freistaat heraus.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich fasse zusammen: Wir sind mitten in der schwersten Krise seit Jahrzehnten. Jetzt sind konstruktive Lösungen und Zusammenarbeit geboten. Wir übernehmen Verantwortung und helfen den Menschen mit vielen, vielen Milliarden. Wir werden verhin-

dern, dass die Strom- und Gaspreise immer weiter steigen, und wir sorgen für sichere Energie.

Putin darf keinen Erfolg haben mit seiner Strategie, uns wirtschaftlich zu zerstören und gesellschaftlich zu spalten. Das ist eine Verantwortung der Regierung, aber auch der Opposition und der Bundesländer. Deshalb müssen wir auch hier in Bayern handeln, die ideologischen Bremsen bei der Energiewende lösen und großzügige Hilfen für die Menschen im Freistaat leisten; denn gegen diese schwere Krise gewinnen wir nur gemeinsam – durch soziale Politik, durch Verantwortung und Zusammenhalt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die CSU-Fraktion spricht als Nächster Kollege Martin Huber, auch zehn Minuten.

Dr. Martin Huber (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zwei Dinge finde ich bemerkenswert: Zum einen finde ich bemerkenswert, dass die Bayern-SPD umfassende Forderungen aufstellt, was im Freistaat Bayern angeblich zu tun ist; denn das bedeutet nichts anderes, als dass die Bayern-SPD selbst massiv unzufrieden ist mit dem, was vom Bund kommt. Das, was Sie als Bayern-SPD fordern, ist doch nichts anderes als das Zeichen dafür, dass Sie selbst mit der Ampel unzufrieden sind.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Als Zweites finde ich bemerkenswert, dass Sie eine Aktuelle Stunde hier im Bayerischen Landtag einberufen, um über die Krise zu debattieren, obwohl Sie selbst doch alle Möglichkeiten hätten, im Bund zu handeln. Sie aber zögern, Sie zaudern, und Sie treffen die falschen Entscheidungen. Sie können Krise nicht.

Das ist auch insofern erstaunlich, als Sie von den vergangenen 16 Jahren 12 Jahre lang mit uns, der Union, im Bund in der Verantwortung waren. Dabei hätten Sie genug Gelegenheit gehabt, Krisenmanagement zu lernen; denn das ist der Unterschied: Wir

als Union haben Krisen bewältigt. Sie als Ampel verschlimmern sie. Das ist die Wahrheit in diesem Land.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir, die CSU, haben bereits im Juni dieses Jahres unseren 15-Punkte-Plan unter dem Titel "Sicher, sozial und stark durch die Krise" vorgelegt. Dieser enthält 15 konkrete Vorschläge, wie die Menschen in dieser Situation entlastet werden können. Wir freuen uns, dass das eine oder andere – wenn auch erst nach Monaten, aber immerhin – aufgegriffen wurde. Wir, die CSU, waren es, die schon im Juni die Einführung eines Winterwohngelds gefordert haben. Wir sind es, die sich konstruktiv an der Bewältigung der Krise beteiligen.

Wir haben auch immer gesagt: Wir reichen der Bundesregierung die Hand. – Leider merken wir, dass unsere ausgestreckte Hand zurückgeschlagen wird. Seit Monaten schlagen wir vor, die drei Kernkraftwerke, die noch am Netz sind, länger laufen zu lassen; sie versorgen rechnerisch 10 Millionen Haushalte.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Ampel dagegen lässt nur einen Stresstest nach dem anderen vornehmen. Der größte Stresstest für dieses Land ist die Ampel! Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Jedem ist doch klar: Wenn Kapazitäten für 10 Millionen Haushalte vom Netz genommen werden, steigt der Preis, sofern die Nachfrage gleichbleibt. Auch auf dem Energiemarkt finden wir die Situation vor, dass es um Angebot und Nachfrage geht. Das alles wollen Sie aber nicht wahrhaben.

Schauen Sie sich doch das Ergebnis des Stresstests an, das Robert Habeck vorgelegt hat. Demnach sagen auch die Netzbetreiber deutlich: Es droht eine große Instabilität.

(Zuruf von der SPD)

– Schauen Sie sich den Stresstest an!

Schauen Sie sich vor allem die Realität an: Welche Konsequenzen zieht Robert Habeck denn daraus? – Er will die drei Kernkraftwerke nicht länger laufen lassen. Da er aber dann doch sieht, dass die Netzbetreiber von einer drohenden Instabilität sprechen, setzt er im Norden, vor der Küste, schwimmende Ölkraftwerke ein – diese kennen wir normalerweise aus dem Libanon und Somalia –, um die Netze stabil zu halten. Das Kernkraftwerk im Norden dagegen will er nicht am Netz belassen. Wenn das keine Ideologie ist, dann weiß ich es auch nicht.

Deshalb von dieser Stelle aus noch einmal der dringende Appell: Handeln wir pragmatisch! Handeln Sie als Ampel pragmatisch! Fangen Sie endlich an, im Energiebereich Ihrer Verantwortung gerecht zu werden!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn Sie sich heute hier hinstellen und sagen, dass wir gemeinsam handeln müssten, dann frage ich mich, wie das damit zusammenpasst, dass die Energieminister Niedersachsens – SPD –, Schleswig-Holsteins – GRÜNE – und Mecklenburg-Vorpommerns – SPD – am Wochenende allen Ernstes gefordert haben, Bayern müsse für den Strom mehr zahlen. Wie passt das denn zusammen? Ist das Ihr Verständnis von Zusammenhalt und Solidarität? Ist das Ihr Verständnis als SPD und GRÜNE vom Einsatz für bayerische Interessen, für Bayerns Bürgerinnen und Bürger? Verstehen Sie so die Politik der Ampel?

Es kommt hinzu, dass man im Zusammenhang mit dem Thema Solidarität eines deutlich sagen muss: Auch wir stehen für die Solidarität des Freistaates Bayern. Wir zahlen nach wie vor 9 Milliarden Euro in den Länderfinanzausgleich. Dafür, dass wir über die Hälfte des Länderfinanzausgleichs zahlen, werden wir von anderen Bundesländern, aber auch von SPD, GRÜNEN und FDP in Bayern noch beschimpft. Das werden wir uns nicht gefallen lassen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Was ist überhaupt Ihr Verständnis von der Ampel-Politik beim Thema Energie? Tagtäglich kommen Sie mit falschen Behauptungen daher. Sie kommen ständig daher und versuchen, Bayern schlechtzureden.

(Widerspruch bei der SPD)

Sie kommen ständig daher und versuchen, falsche Aussagen zu dem Thema erneuerbare Energien in die Welt zu setzen. Ich finde es wirklich spannend, dass Robert Habeck gestern regelrecht zur Wahrheit gezwungen wurde. Es war eine Anfrage aus der CSU-Landesgruppe an den Bundeswirtschaftsminister, und die Antwort war klipp und klar: Aus keinem Bundesland kommt so viel grüner Strom wie aus Bayern.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das ist die Wahrheit, dafür stehen wir in Bayern, dafür steht auch diese Staatsregierung. Was auch deutlich geworden ist: dass wochenlang Fake News von Habeck und den GRÜNEN verzapft worden sind.

(Johannes Becher (GRÜNE): Wie schaut das pro Einwohner aus?)

Wochenlang hat es geheißt, es gäbe ein Sonderproblem Bayern. Schauen Sie sich den Stresstest an. Da ist mit keiner Silbe davon die Rede, dass es ein Sonderproblem von Bayern gäbe. Es ist eher die Rede davon, dass wir europäisch im Strommarkt Engpässe bekommen könnten. Es ist davon die Rede, dass deswegen auch die Kraftwerke am Netz bleiben müssen. Es ist mit keiner Silbe davon die Rede, dass es einen Sonderproblemfall Bayern gäbe. Das ist die Wahrheit. Stellen Sie sich der Wahrheit, und verabschieden Sie sich von Ihrer sturen Ideologie!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Widerspruch bei den GRÜNEN und der SPD)

Sie stellen sich hier hin und sagen, Sie wären handlungsfähig.

Ich kenne keine Gruppe, die so streitet wie die Ampel: Jeden Tag ein neuer Vorschlag, jeden Tag ein neuer Zwist in der Ampel. Sie müssen doch selbst auch immer wieder nachbessern.

(Florian von Brunn (SPD): Das stimmt gar nicht! Söder und Merz überbieten sich geradezu!)

Ich möchte gar nicht davon reden, dass es handwerkliche Fehler sind, die Sie machen; denn kein Handwerker in Deutschland arbeitet so schlecht wie die Ampel, und kein Handwerker in Deutschland hat es verdient, mit Ihnen verglichen zu werden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sie haben doch die Rentner am Anfang vergessen, Sie haben die Studenten am Anfang vergessen. Das ist doch der Grund, warum Sie ständig neue Entlastungspakete vorlegen müssen. Sie sind doch diejenigen, die Mittelstand und Handwerk nicht berücksichtigt haben. Sie sind diejenigen, die die Bäcker und die Metzger nicht berücksichtigt haben. Sie sind diejenigen, die überhaupt keinen Plan haben. Sie wollen einerseits den Gaspreisdeckel einführen und andererseits die Gasumlage beibehalten.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das stimmt doch gar nicht!)

Das ist doch pure Planlosigkeit – die Gasumlage, die für steigende Gaspreise sorgt, die Gasumlage, mit der die Rentnerin dann noch die Milliardengewinne von Unternehmen zahlt, die überhaupt nicht in der Schieflage sind.

(Johannes Becher (GRÜNE): Ist das die Rede vom Parteitag, oder was?)

Die wollen Sie beibehalten und gleichzeitig einen Gaspreisdeckel einführen. Ich sage ihnen: Das ist direkt schizophren. Es ist auf alle Fälle planlos.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Deswegen haben wir ja auch konkrete Vorschläge gemacht: 15-Punkte-Programm im Juni, gestern das 10-Punkte-Programm von Markus Söder, wo wir ganz deutlich machen, was wir konkret einfordern:

Wir wollen die Kernkraftverlängerung. Wir wollen, dass die Kohlekraftwerke, wie es Robert Habeck schon angekündigt, aber noch nicht gemacht hat, wieder ans Netz gehen. Wir wollen den Gaspreisdeckel, Abschaffung der Gasumlage, Strompreisdeckel, Spritpreisbremse, Rettungsschirm für Kraftwerke, mehr Geld für den Nahverkehr, Senkung der Mehrwertsteuer auf Nahrungsmittel

(Widerspruch bei den GRÜNEN und der SPD)

und einen Rettungsschirm für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen – ganz konkrete Vorschläge, denen Sie sich verweigern. Kommen Sie mir nicht mit einem Miteinander und konstruktiver Zusammenarbeit!

(Unruhe – Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf von den GRÜNEN: Was tun Sie hier in Bayern?)

Wir leisten in Bayern unseren eigenen Anteil. Wir leisten unseren eigenen Anteil mit einem Rettungsschirm von einer Milliarde Euro: 500 Millionen über die LfA und 500 Millionen für Mittelstand und Handwerk.

(Widerspruch bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir zögern nicht. Wir zaudern nicht. Wir handeln.

(Zuruf von der SPD: Ihr macht ja nichts!)

Das ist, was wir in Bayern leisten und was unser Beitrag ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, seien wir doch mal ehrlich:

(Arif Taşdelen (SPD): Ehrlich, das wäre gut!)

Was Sie hier in der Ampel immer fordern, das ist doch geradezu hanebüchen. Also ganz ehrlich: Auf die Idee, dass Türenschießen im Winter ein Konzept ist, muss man erst mal kommen. Ich kann nur sagen: Schließen Sie endlich die Lieferverträge ab. Reise von Habeck nach Katar: Nullnummer. Reise nach Norwegen: Nullnummer. Reise nach Kanada: Nullnummer.

(Widerspruch bei den GRÜNEN und der SPD)

Die Ampel ist und bleibt eine Nullnummer in der Krise, und sie schadet den Menschen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Widerspruch bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich finde es dabei auch wirklich mies, wenn Robert Habeck sich jetzt hinstellt und sagt, er kann ja nichts dafür, er kann ja nichts dafür; leider, leider sind seine Mitarbeiter im Ministerium überfordert. – So schäbig, so billig, so menschlich unanständig die Verantwortung nach unten zu treten, finde ich einfach nicht in Ordnung.

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr (SPD))

Die Wahrheit ist: Nicht die Mitarbeiter sind überfordert, Robert Habeck ist überfordert.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wenn Sie sich hier hinstellen und sagen, ja, wir müssen doch zusammenarbeiten, und wir müssen doch eine große Gemeinsamkeit bei der Bewältigung der Krise finden, dann frage ich mich, warum der Bund mit den Ländern umspringt wie nach Gutsherrenart. Da wird öffentlich diskutiert, was ein Entlastungspaket sein soll, ohne die Länder vorher zu fragen. Da wird dann noch angekündigt, dass die Länder ihre Milliardenbeträge mit zu leisten haben. Das ist doch nicht das Zeichen von Zusammenarbeit. Das ist Umgang nach Gutsherrenart und alles andere als ein Miteinander.

Wir stehen bereit mitzumachen, diese Krise mit zu bewältigen, aber nicht mit dieser Arroganz der Ampel gegenüber den Bundesländern. Das Motto von Kanzler Scholz lautet immer: You never walk alone, aber der Eindruck bei den Menschen ist viel eher: I feel lonely. Und dagegen stellen wir uns. Wir als CSU stehen an der Seite der Menschen, wir kümmern uns auch um diejenigen, die von der Ampel vergessen werden. – Danke für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht jetzt auch zehn Minuten die Kollegin Eva Lettenbauer.

Eva Lettenbauer (GRÜNE): Liebe Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Huber, wofür haben Sie hier gerade gesprochen? Offensichtlich ganz sicher nicht für die Menschen im Land. Sondern Sie haben die Gillamoos-Aussagen wiederholt, waren immer noch im Bierzeltmodus.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Aber jetzt müssen wir uns hier Gedanken machen, wie wir die Sorgen der Menschen aufgreifen, die eine Last auf ihren Schultern tragen.

Wir GRÜNE, auch wir gemeinsam in der Ampel wollen diese Last von den Schultern der Menschen nehmen. Wir packen konkret an und entlasten sie.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Herr Huber, wir handeln pragmatisch, und Herr Habeck handelt pragmatisch.

(Widerspruch bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Lassen Sie die Atomkraftwerke weiterlaufen! – Unruhe)

Es ist ein seriöses Vorgehen, sich genau anzuschauen, was dieses Land an Energie braucht, was ein Stresstest ergibt, und dann ganz genau das aufzugreifen.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Was sagen Sie den Menschen wegen dem Strom im Winter? Lassen Sie die Atomkraftwerke laufen, dann sind Sie pragmatisch!)

Ich sage auch ganz bewusst: Sie rufen populistisch; denn arbeiten tun Sie nicht!

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD – Widerspruch bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Unruhe)

Ein letzter Punkt noch zu Ihrem Gerede: Gemessen an der installierten Leistung in den Bundesländern je Bundesland hat Mecklenburg-Vorpommern 87 % Erneuerbare, hat Schleswig-Holstein 78 % Erneuerbare, und Bayern ist weit abgeschlagen. Es geht um Kraftwerkskapazität, die auch in der Nacht vorhanden ist.

(Unruhe – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Lassen Sie die Atomkraftwerke weiterlaufen, das ist die einzige Möglichkeit!)

Es kann nicht nur darum gehen, hier Sonnenenergie auszubauen. Bayern braucht Windenergie. Genau deswegen sind wir und die bayerische Industrie und alle Betriebe so abgeschlagen. Bauen Sie endlich die Erneuerbaren aus!

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Weil Sie als CSU offensichtlich das Thema dieser Aktuellen Stunde nicht gelesen haben, sondern dachten, man spricht zurzeit einfach nur über Robert Habeck, erinnere ich Sie jetzt daran, worum es heute geht. Es geht um soziale Politik, es geht darum, die Menschen in Bayern zu entlasten. Ich bin überzeugt, wir sind überzeugt, dass wir hier in Bayern die Menschen besonders unterstützen müssen, die jetzt unsere Hilfe brauchen. Wir GRÜNE wollen denen helfen, die jetzt Hilfe brauchen. Wir wollen ganz besonders die endlich in den Fokus rücken, die sehr belastet sind.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Warum haben Sie die Energieumlage vorgeschlagen? Ein so unsoziales Element!)

Das sind zurzeit junge Familien, das sind Alleinstehende, das sind Rentnerinnen und Rentner, die grübeln, wie sie irgendwie die Heizrechnung am Ende des Jahres bezahlen können.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Sie haben doch die Energieumlage vorgeschlagen, Frau Kollegin! Sie waren das, niemand sonst!)

Genau deswegen muss Bayern seinen Teil beitragen und endlich einen Heiz-Härtefonds schaffen, damit die Haushalte in Bayern, die einkommensschwach sind, von Ihrer Politik und von den hohen Energiepreisen am Ende des Jahres entlastet werden.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Nehmen Sie doch erst einmal die Energieumlage zurück, die Gasumlage! Das ist doch so unsozial!)

Sie haben die Menschen dort hingetrieben, wo wir jetzt sind in Bayern.

(Unruhe)

In Bayern ist die Abhängigkeit von Öl und Gas eklatant hoch, so hoch wie sonst nirgends.

(Widerspruch bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Und genau deswegen müssen wir in Bayern einen Teil zur Entlastung beitragen. Wir haben hier eine fossile Energiekrise, in die Sie das Land mit hineingeführt haben. Deswegen braucht Bayern einen eigenen Heiz-Härtefonds für die Menschen, die von den hohen Preisen entlastet werden müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Nehmen Sie in Berlin die Energieumlage, die Gasumlage zurück! Die ist unsozial!)

Die Ampel unterstützt die Menschen bereits umfassend, beispielsweise mit der 300-Euro-Energiekostenpauschale. 300 Euro für die Steuerpflichtigen, für die Studierenden, für die Rentner*innen; denn wir greifen gute Anregungen auf. Wir bleiben am Ball und entlasten die Menschen. Bayern muss langfristig denken. Die Erneuerbaren in Bayern müssen endlich ausgebaut werden!

Herr Söder ist nicht da. Herr Söder muss endlich aufhören zu bremsen. Er muss die Windkraft hier in Bayern zulassen; denn unzählige Genossenschaften im ganzen Land, unzählige Bürgerinnen und Bürger stehen in den Startlöchern, um ihren eigenen Strom bezahlbar und mit Windenergie zu produzieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Genauso stehen die Menschen und die Kommunen im Land in den Startlöchern und wollen die Wärmenetze ausbauen. Sie wollen die Wärme nachhaltig und bezahlbar selbst produzieren. Der Bund packt hier an: 3 Milliarden Euro für die Wärmeversorgung, für die Nahwärme. In Bayern werden pro Jahr 7,5 Millionen Euro für die Geothermie zur Verfügung gestellt. Das ist nichts. Sie lassen die Kommunen allein! Dabei wollen Sie jetzt auf nachhaltige Wärmenetze setzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Erfolg für bezahlbare Mobilität aus dem Sommer wurde nicht vorangetrieben. Bayern braucht ein Anschlussticket. Bayern darf den Bürgerinnen und Bürgern ein bezahlbares und kostengünstiges Anschlussticket nicht verweigern. Was macht dagegen die Staatsregierung? – Sie versucht zu verhindern, dass die Menschen in Bayern ein kostenloses oder kostengünstiges Nahverkehrsticket erhalten. Das werden wir nicht zulassen! Wir kümmern uns um Bayern! Sie lassen Bayern im Stich!

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Thomas Huber (CSU): Mit euch ist Bayern verlassen!)

Wir dürfen nicht vergessen, dass sich sehr viele Menschen nicht nur um ihre Strom- oder Heizkosten, sondern auch um ihre gesamte Wohnung sorgen, darum, ob sie in den nächsten Monaten und Jahren bezahlbar wohnen können. Bayern braucht deshalb wieder mehr bezahlbare und soziale Wohnungen. Wir sprechen uns dafür aus, dass Sie endlich Gas geben und dass mindestens 10.000 Sozialwohnungen entstehen. Jeder und jede in Bayern hat ein bezahlbares Dach über dem Kopf verdient. So bauen wir unser soziales Bayern. Investieren Sie hier endlich!

(Beifall bei den GRÜNEN – Thomas Huber (CSU): Es wird ein harter Winter mit euch GRÜNEN!)

Wir hören auf die Menschen in Bayern und schauen genau hin, wo sich Entwicklungen auf tun. Wir sind deshalb seit der staatlichen Übernahme des Gasversorgers Uniper der Meinung, dass die geplante Gasumlage ernsthaft auf den Prüfstand gehört.

(Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

– Hören Sie mir zu!

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hören Sie den Menschen zu, dann hören Sie, welche Vorschläge wir bringen!)

Präsidentin Ilse Aigner: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schon bei Herrn Kollegen Huber war die Beschallung von links sehr laut. Jetzt ist es in der Mitte sehr laut. Würden wir uns gegenseitig etwas zuhören, dann würden die Rednerinnen und Redner durchdringen.

Eva Lettenbauer (GRÜNE): Wir GRÜNEN sprechen uns dafür aus, die Gaspreise in unserem Land zu deckeln; denn sie sind inzwischen viel zu hoch. Bis hierher und nicht

weiter! Genau deswegen bringen wir uns in der Ampel-Regierung mit aller Verve für die Menschen und für einen Gaspreisdeckel ein.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich bin überzeugt, dass wir es alle gemeinsam, wie wir es bei den vergangenen Entlastungspaketen geschafft haben, SPD, FDP und GRÜNE, auch diesmal schaffen werden, weitere gute und wichtige Entlastungspakete zu schnüren. So macht man Politik, zusammen und gemeinsam.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Thomas Huber (CSU): Gasumlage!)

– Zu guter Letzt: Auch die bayerischen Unternehmen brauchen jetzt eine handelnde und keine schreiende Regierung.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Sie brauchen eine Regierung, die nicht nur ankündigt, dass mittelständische Unternehmen, Vereine und soziale Einrichtungen einen Härtefallfonds bekommen. Die Unternehmen und das ganze Land brauchen eine Regierung, die jetzt einen Haushaltsplan vorlegt.

(Thomas Huber (CSU): In Berlin!)

Die Unternehmen müssen Hilfe bekommen. Wir brauchen deshalb eine Regierung, die jetzt einen Haushaltsplan vorlegt. Wir sind schon wieder komplett in Verzug. Wenn Sie so weitermachen, können all die Hilfen für den Winter erst im April ausgezahlt werden. Herr Söder, legen Sie deshalb jetzt einen Haushaltsplan vor! Es geht nicht, den Menschen Unterstützung zu versprechen, und sie dann nicht zu liefern.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

– Da Sie aus dem Schimpfen nicht herauskommen: Es findet eine Ministerpräsident*innenkonferenz statt. Wir erwarten, dass Sie da endlich mit uns zusammenarbeiten und nicht nur schreien und blockieren. Es ist ein Schlag ins Gesicht der Menschen, wenn Bayern verhindert, dass es ein kostengünstiges Nahverkehrsticket gibt. Es ist ein Schlag ins Gesicht der Studierenden, wenn Bayern verhindert, dass ihnen ein Energiegeld ausgezahlt wird. Kooperieren Sie, und arbeiten Sie in dieser Krise mit dem Bund zusammen! Sie schaden nämlich aktuell Bayern!

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir GRÜNEN entlasten die Bayern. Wir setzen uns für die Menschen ein. Wir arbeiten mit allen zusammen, denen es um das Wohl der Menschen in Bayern geht.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist Herr Kollege Rainer Ludwig von den FREIEN WÄHLERN. Auch Sie haben zehn Minuten.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Nach diesem himmelschreienden Vortrag der GRÜNEN möchte ich jetzt wieder ein bisschen Solidität in die Debatte bringen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Meine Damen und Herren, es ist bezeichnend und bemerkenswert zugleich, dass gerade die SPD dieses Thema in der Aktuellen Stunde dieses Hohen Hauses platziert. Immerhin stellen die Sozialdemokraten auf Bundesebene den Kanzler. Anscheinend haben Sie das vergessen und auch, dass Sie selbst die soziale Verantwortung in unserem Land mittragen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Krisenzeiten sind Zeiten, in denen Gemeinsamkeit großgeschrieben werden muss. Es sind Zeiten, in denen die Menschen zusammenrücken müssen und in denen sich die

Gesellschaft nicht auseinanderdividieren lassen darf. Aber statt Vertrauen, Transparenz und Sicherheit vermitteln Sie nur Uneinigkeit und ein heilloses Chaos.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Einen Dialog scheuen Sie vermutlich wegen der zahlreichen Pannen, die Sie sich in den letzten Wochen geleistet haben. Da waren planlose Flickschustereien geboten und handwerkliche Schlampereien, vor allem die umstrittene Gasumlage. Sie steht glücklicherweise vor dem Aus. Das war von Anfang an ein Rohrkrepierer, weder gerecht noch vermittelbar.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Auch Ihre ideologisch verblendete, unverantwortliche und fahrlässige Haltung zu einer Verlängerung der Laufzeit von Atomkraftwerken ist hier zu nennen. Meine Damen und Herren, wir FREIEN WÄHLER fordern diese Verlängerung seit Monaten. Ich habe die Beschimpfungen und Falschmeldungen von Herrn von Brunn zu diesem Thema in diesem Hohen Hause nicht vergessen. Ich hoffe, Sie erkennen jetzt endlich die ernste Lage in unserem Lande.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben es mit einer dramatischen Situation zu tun, die mit exorbitanten Belastungen für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Unternehmer verbunden ist. Aus diesem Grunde haben wir FREIE WÄHLER einen breiten Maßnahmenkatalog erarbeitet, wie wir diese Belastungen reduzieren und die sozialen Spannungen abbauen können. Dort stehen 20 Punkte, um die Folgen der grassierenden Inflation zu dämpfen. Diesen Katalog können Sie Ihrer Bundesregierung gern einmal vorlegen. Statt undurchsichtiger, unwirksamer und halbherziger Entlastungspakete, undurchdachter Einzelmaßnahmen wie dem 9-Euro-Ticket oder Fehlschüssen wie dem Tankrabatt, die allesamt verpufft sind, setzen wir auf effektive, schnelle und unbürokratische Lösungen, um Energie-, Wohnraum- und Lebenshaltungskosten bezahlbar zu sichern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Allen voran steht für uns die Senkung der Energiesteuer auf Strom, Erdgas und Heizöl auf das europäisch zulässige Mindestmaß; ebenso fordern wir die ermäßigte Umsatzsteuer auf Elektrizität, Gas und Fernwärme. Unser Appell heißt: Runter mit diesen Steuern! So können wir vielen Menschen schnell helfen, und der Ball liegt eben auch hier in Berlin, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Harald Gülller (SPD): Nun zu Bayern!)

Wir brauchen aber noch viel mehr. Wir denken an einen wirksamen Energiepreisdckel, der Privathaushalten für einen bestimmten Grundbedarf zur Verfügung steht. Ansonsten drohen wahrlich wirtschaftliche und soziale Verwerfungen. Gas und Strom müssen bezahlbar bleiben, und zwar für alle Bevölkerungsgruppen: für die Arbeitnehmer, für die Rentner, für die Studenten und für die Versorgungsempfänger.

Ich sage in Richtung Berlin: Ein Bürgergeld ist aus unserer Sicht der falsche Weg. Das ist der Einstieg in ein bedingungsloses Grundeinkommen und stellt einen Freischein für diejenigen aus, die auch nicht betroffen sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Meine Damen und Herren, kurz und gut: Es gibt sehr viele Hebel, an denen die Bundesregierung ansetzen könnte:

(Arif Taşdelen (SPD): Und jetzt zu Bayern, bitte!)

Die Erhöhung des Steuerfreibetrags bzw. der Abbau der sogenannten kalten Progression gehört ebenso dazu wie die Pendlerspachale, die erhöht werden muss, und die Reduzierung der Übertragungsnetzentgelte.

(Florian von Brunn (SPD): Man merkt, dass Sie nicht im Bundestag sind, Sie kriegen ja überhaupt nichts mit! Das ist traurig, aber Zeitung lesen sollte man wenigstens!)

Nicht zuletzt ist auch eine geringere Spritsteuer zur Senkung der Kraftstoffpreise eine Maßnahme, die wir bereits als Bundesratsinitiative eingebracht haben, liebe Kolleginnen und Kollegen. – Ja, lieber Herr von Brunn, jetzt sagen Sie wieder, die FREIEN WÄHLER zeigten nur mit dem Finger nach Berlin.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Jawohl, wir tun das, weil die Ampel regiert und weil die Ampel Verantwortung tragen muss,

(Tobias Reiß (CSU): Wenn sie denn regieren würde!)

weil nämlich Energie-, Wirtschafts- und Sozialpolitik zum größten Teil Bundespolitik ist und weil wir konstruktive und pragmatische Vorschläge selbst vorgelegt haben, die Sie aber ignorieren und aus rein apodiktischer Haltung und mit Ihrem dogmatischen Starrsinn nach wie vor ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich frage mich: Wie lange schauen Sie noch zu, wenn Preise ungebremst in die Höhe schnellen, wenn Sie Unternehmen in die Insolvenz und die Menschen in die Armut treiben und dadurch Wut, Verzweiflung und Aggressionen entstehen? Wie ernst muss die Lage noch werden, bis Sie endlich Ihre Ideologie ablegen und pragmatisch handeln? – Frau Lettenbauer, wenn Sie in Ihrer Rede das Gegenteil behaupten, dann belügen Sie sich selbst. Sie sind fern von jeglicher Realität.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zuruf der Abgeordneten Eva Lettenbauer (GRÜNE))

Den Gipfel der Unverfrorenheit haben aber letzte Woche Ihre Spitzenpolitiker aus Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein gebracht mit der Behauptung

(Florian von Brunn (SPD): Mit Spitzenpolitikern kennen Sie sich ja aus!)

– Sie sind keiner, weil Sie noch hier in Bayern sitzen, Herr von Brunn! –,

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

der Norden trage seit Jahren die Hauptlast der Energiewende, und mit der Forderung, Deutschland in Strompreiszonen aufzuteilen. Meine Damen und Herren, mit solchen Aussagen diskreditieren Sie sich selbst. Sie kündigen damit das Prinzip der Solidarität auf, das über Jahrzehnte in unserem Land in jede Himmelsrichtung gegolten hat.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Sie tun so, als würden die bösen Bayern die armen Norddeutschen auch noch ausbeuten, und vergessen dabei, dass Bayern das Bundesland ist, das mit Abstand am meisten Strom durch erneuerbare Energien produziert

(Zurufe von den GRÜNEN und der SPD: Pro Kopf!)

und in der Energiewende führend ist.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Dann brauchen Sie ja keine Angst vor zwei Strompreiszonen zu haben! – Unruhe bei den GRÜNEN und der SPD)

Fakt ist auch: Bei dem Strom, der im Norden produziert und in den Süden geliefert wird, handelt es sich nicht um eine mildtätige Gabe. Wir bezahlen diesen Strom; wir bezahlen ihn teuer. Die norddeutschen Bundesländer verdienen damit Geld und erfreuen sich einer enormen Wertschöpfung. Vom Länderfinanzausgleich von jährlich 9 Milliarden Euro will ich gar nicht reden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die rot-grünen Bestandteile der Ampel sollten sich und ihre Nord-Minister zum Rapport rufen und schnellstens zur Vernunft kommen, meine Damen und Herren. – Auch Sie, Herr von Brunn, als Partei- und Fraktionschef Ihrer Bayern-SPD sollten genauso wie das frisch gekürte Spitzenduo der GRÜNEN Schulze und Hartmann jetzt einmal ein klares Signal nach Berlin senden, das erkennen lässt, dass Ihnen Bayern wichtig ist, meine Damen und Herren! Hier ist ein Machtwort an Ihre Parteifreunde das Mindeste und längst überfällig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Martin Hagen (FDP): Überflüssig! – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Ja, so wie die FDP! – Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN sowie des Abgeordneten Martin Hagen (FDP))

Dann stellen Sie sich hin und stellen die Aktuelle Stunde unter das Motto: "In der Krise gewinnen wir nur gemeinsam: Soziale Politik und Verantwortung für Bayern und Deutschland!" Es ist einfach nur grotesk, es ist heuchlerisch, es ist unglaubwürdig! Welch ein Hohn, welche eine Augenwischerei ist dieses Thema!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Das gilt auch für die Tatsache, dass die Bundesregierung die Länder bei der Energiekrise viel zu wenig einbindet, sie aber die Kosten von uns mitzutragen fordert, meine Damen und Herren.

(Florian von Brunn (SPD): Sie bestätigen ja gerade unsere These, Sie spalten und streiten!)

Zum Abschluss zu einem ganz wichtigen Thema: die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft. Natürlich muss die Politik jetzt unbedingt den sozial schwachen Menschen in unserem Land helfen, die ihre Rechnungen oft nicht mehr begleichen können – keine Frage! Aber aktuell befinden sich auch Tausende Unternehmen, kleine und mittlere Betriebe und Handwerker in derselben prekären Situation. Hier schließe ich auch die

Krankenhäuser, Rehakliniken, Pflegeeinrichtungen und selbst die Kommunen inklusive ihrer Stadtwerke mit ein, meine Damen und Herren.

Besonders der Mittelstand, der das Rückgrat unserer Wirtschaft und die Säule unseres Wohlstands ist und damit auch für soziale Ausgewogenheit in unserem Land steht, ist von der Krise betroffen. Gerade der Mittelstand wurde von Ihnen gänzlich vergessen. Kratzen Sie nicht an diesem Mythos! Sonst wird es dramatisch, und die Lichter gehen aus. Ich frage Sie: Was ist daran sozial, wenn Sie gerade die Starken unserer Wirtschaft schwächen, die die Schwachen unserer Gesellschaft schützen? Wenn das passiert, dann prophezeie ich Ihnen, dass Ihre Partei, die das "sozial" im Namen trägt, zum Totengräber der kleinen Leute und der sozial Schwachen wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, wir appellieren an die Ampel, jetzt alles daranzusetzen, die wirtschaftlichen Akteure gut durch diese Krise zu bringen. Nur eine starke Wirtschaft ist auch gut für Sozialleistungen. Meine Damen und Herren, deshalb hätte es eine katastrophale Auswirkung auf unser Land, große Teile der Mittelschicht in die Armut abrutschen zu lassen – egal, ob Bäcker, Brauereien oder verarbeitendes Gewerbe. Sie müssen verhindern, dass diese Berufsgruppen an die Wand gefahren werden.

Meine Damen und Herren, wir fordern seit Monaten die Einführung eines europäischen wettbewerbsfähigen Energiestrompreises, um die Wirtschaft zu stützen. Wir müssen auch die Möglichkeiten zur Entlastung der stromkostenintensiven Unternehmen dringend umsetzen. Die Menschen brauchen jetzt eine verlässliche, verbindliche Politik. Nur so werden wir gemeinsam der sozialen Verantwortung gerecht. Die FREIEN WÄHLER leisten dazu gerne engagiert, konstruktiv und kooperativ ihren Beitrag.

(Anhaltender Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die AfD-Fraktion spricht jetzt der Kollege Ulrich Singer.

(Beifall bei der AfD)

Ulrich Singer (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrtes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! In der Krise gewinnen wir nur gemeinsam. – Herr Kollege von Brunn, ausgerechnet Sie von der SPD wollen das jetzt den Menschen erzählen. Das kann eigentlich nicht Ihr Ernst sein. Herr Kollege, schauen wir es uns doch einmal genauer an: Wer gewinnt denn in der aktuellen fürchterlichen Krise? – Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes sind es ganz bestimmt nicht. Auch die SPD profitiert nicht davon; denn noch nie ist eine Regierungspartei derart schnell ins Bodenlose abgestürzt wie Sie.

Ausgerechnet Sie reden von sozialer Verantwortung. Offenbar leiden Sie aber unter einem ganz einfachen Realitätsverlust. Ist denn der Bundeskanzler nicht selbst von der SPD? Seid ihr denn gerade nicht selbst an der Regierung beteiligt? Ist es denn nicht ein Herr Scholz, der gemeinsam mit den GRÜNEN und der FDP systematisch eine Deindustrialisierung Deutschlands vorantreibt und auch Sanktionen gegen Russland um jeden Preis mitträgt?

(Beifall bei der AfD)

Wem schaden denn diese Sanktionen eigentlich? – Unsere Bürger verarmen. Unser Mittelstand verarmt, aber doch sicherlich nicht Herr Putin. CDU und CSU brauchen in der aktuellen Krise gar nicht erst anzufangen, Opposition zu spielen; denn es war doch Ihre Kanzlerin Merkel, die den Weg in diese Katastrophe vorbereitet hat. Die Menschen leiden unter unbezahlbaren Energiekosten. Sie leiden an einer Inflation, die ihre Ersparnisse auffrisst, und haben Angst, in kalten Wohnungen einzuschlafen und am nächsten Tag arbeitslos wieder aufzuwachen.

(Beifall bei der AfD)

Die wirtschaftliche Zerstörung unseres Landes begann schon lange vor dem Krieg in der Ukraine. Sie von den Kartellparteien – allesamt hier – sind dafür verantwortlich, dass unsere Kernkraftwerke eines nach dem anderen abgeschaltet wurden, dass Koh-

lekraftwerke heruntergefahren wurden und dass es keine Alternativen gab – außer russischem Gas. Sie haben uns vom russischen Gas abhängig gemacht.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

Anstatt Ihre Irrwege zu korrigieren, stürzen Sie lieber weiter Millionen Bürger ins Unglück. Was soll man aber auch von einem Wirtschaftsminister, der bekundet hat, dass er Vaterlandsliebe stets zum Kotzen fand und mit Deutschland noch nie etwas anzufangen wusste, anderes erwarten? Jetzt sehen die Bürger, wohin diese rückgratlose Haltung führt.

Zum Glück haben die Menschen aber zu den jahrelang regierenden Parteien eine Alternative. Eine Partei gibt es nämlich, die die Bürger wertschätzt

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Die FREIEN WÄHLER!)

und ihnen pragmatische Lösungen anbietet.

(Lachen des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP))

Meine Damen und Herren, das ist natürlich die AfD, die diesem Irrsinn ein Ende bereiten wird. Immer mehr Menschen sehen jetzt ein, dass wir als AfD mit unseren Warnungen seit Jahren recht hatten. Wir haben zum Beispiel als Einzige darauf hingewiesen, dass die gescheiterte Energiewende zu Blackouts führen kann, unsere Wirtschaft zerstören kann, unsere Kommunikation lahmlegen kann, ja sogar Leben gefährden kann.

Sie haben uns da als Verschwörungstheoretiker beschimpft. Jetzt bestätigt uns aber sogar der Katastrophenschutz und rät dazu, für schwere Blackouts vorzusorgen. Sogar Herr Söder hat nach dem Wahlsieg einer patriotischen Partei in Italien nur links-extremistische Parolen zu bieten gehabt. Er hat von einer "Brandmauer gegen rechts" geschwafelt. Aber gleichzeitig übernimmt er wie die gesamte CSU und die FREI-

EN WÄHLER unsere Forderungen des gesunden Menschenverstandes wie zum Beispiel die Forderung nach dem Weiterbetrieb unserer Kernkraftwerke.

(Florian von Brunn (SPD): Es ist schon klar, dass der Katastrophenschutz für Sie zuständig ist! Wer sonst?)

– Anstatt gegen uns zu hetzen, sollten Sie sich, wenn Sie schon unsere Ideen klauen, bei uns bedanken.

(Beifall bei der AfD)

Was haben die Altparteien denn aus unserem schönen Land gemacht? – Sie verteilen Steuergelder in der ganzen Welt und richten gleichzeitig Wärmeräume für die eigenen Bürger ein. Was sind das für Politiker, die den Menschen die lebensnotwendige Energie abstellen wollen und ihnen sagen, sie sollten sich mit einem feuchten Waschlappen abwischen, anstatt warm zu duschen? Dann sollen sie halt Kuchen essen, werden solche Herrschaften sogar dann noch sagen, wenn bald die Regale in den Supermärkten leer sind.

(Zuruf der Abgeordneten Eva Lettenbauer (GRÜNE))

Deutschlands Bäcker stehen zwar vor der Insolvenz, aber diese können sie laut Herrn Habeck ja vermeiden, indem sie einfach nicht mehr arbeiten. – Danke für diesen klugen Rat eines Kinderbuchautors! Auf solche Ratschläge kommt man nur in einer Partei, deren beide Bundesvorsitzende ihr Studium abgebrochen haben.

(Beifall bei der AfD – Roland Magerl (AfD): Bravo!)

Meine Damen und Herren, so kann es nicht weitergehen. Unser Land und unsere Bürger haben etwas Besseres verdient als einen Inflationshammer, Energienotstand, Masseneinwanderung, Genderwahnsinn und Familienfeindlichkeit. Wir brauchen mehr Kilowattstunden. Wir brauchen nicht mehr Geld. Geld kann man nicht essen. Geld macht auch nicht warm.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Und Nicht-Gendern gibt auch keinen Strom!)

Ich sage noch eins: Auch einen Gaspreisdeckel braucht niemand. Wir brauchen einfach mehr Gas. Liebe Frau Kollegin Lettenbauer, den Rest regelt unsere soziale Marktwirtschaft. Ich sage Ihnen ganz klar – und das sagt Ihnen nur die AfD –: Unser Land zuerst!

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die FDP erteile ich dem Kollegen Martin Hagen das Wort.

Martin Hagen (FDP): Herr Kollege Singer, bemerkenswert, dass ausgerechnet Sie davon reden: Unser Land zuerst. Sie, die AfD, vertreten keine deutschen Interessen. Sie sind auch nicht die Anwältinnen und Anwälte der deutschen Bürgerinnen und Bürger. Sie – und das haben Sie heute wieder bewiesen – sind die fünfte Kolonne Moskaus! Sie sind die willfährigen Handlanger Wladimir Putins!

(Beifall bei der FDP, der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Sie vertreten keine deutschen Interessen, Sie verraten deutsche Interessen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser Land ächzt unter einer Preissteigerung, wie wir sie seit Jahrzehnten nicht kannten.

(Zuruf von der AfD: Selbst verschuldet!)

Für viele Ökonomen ist das eine Zahl, für Sie aber – wie man an den Zwischenrufen merken konnte, auch für den einen oder anderen CSU-Kollegen – ist es ein willkommener Anlass, der Bundesregierung dafür die Schuld zu geben. Tatsächlich ist es für die Menschen im Land einfach eine existenzielle Belastung, eine Belastung, die manche Menschen an oder über die Grenzen ihrer Möglichkeiten hinaus bringt. Für den einen ist es die warme Wohnung und der volle Kühlschrank, um den er sich sorgt, für

den anderen ist es jetzt die Zukunft seines Betriebs und der damit verbundenen Arbeitsplätze.

Die Inflation und die Energiekrise bedrohen unseren Wohlstand und die soziale Stabilität in unserem Land. Meine Damen und Herren, das ist eine nationale Herausforderung. Es ist eine Herausforderung, die deswegen auch einen nationalen Kraftakt erfordert, einen Kraftakt, bei dem alle demokratischen Parteien und auch alle staatlichen Gliederungen mit anpacken und an einem Strang ziehen sollten.

(Beifall bei der FDP, den GRÜNEN und der SPD)

Herr Huber, Ihre Rede, aber auch die eine oder andere Zwischenbemerkung hier aus Ihren Reihen, zeigt aber, dass Sie den Ernst der Lage offenbar nicht verstanden haben,

(Widerspruch und Lachen bei der CSU)

dass Sie nicht verinnerlicht haben, dass wir diese nationale Krise nur gemeinsam bewältigen können; denn anstatt in dieser Krise überparteilich zusammenzurücken und gemeinsam für das Wohl der Menschen im Land zu arbeiten, missbrauchen Sie sie für parteitaktische Spielchen.

(Manfred Ländner (CSU): Das Gegenteil ist der Fall!)

Dafür ist die Lage im Land zu ernst. Das ist auch nicht das, was die Bürgerinnen und Bürger von der Politik erwarten, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der FDP, den GRÜNEN und der SPD)

Die Bundesregierung hat jetzt ein drittes Entlastungspaket mit einem Volumen von 65 Milliarden Euro auf den Weg gebracht. Es beinhaltet eine Strompreisbremse, die Senkung der Mehrwertsteuer auf Gas, eine Wohngeldreform, das Bürgergeld, die Einmalzahlung für Rentner und Studenten, die Erhöhung des Kindergeldes, steuerliche Abzugsfähigkeit der Rentenversicherungsbeiträge und auch den Abbau der kalten

Progression. Letzterer ist besonders bedeutsam, weil 48 Millionen Bürgerinnen und Bürger – also die arbeitende Mitte unseres Landes – von diesem Abbau profitieren würden: eine Entlastung um 10 Milliarden Euro allein im Jahr 2023.

Meine Damen und Herren, ich bin irritiert, dass das jetzt ausgerechnet aus den Reihen der CSU infrage gestellt wird, dass aus den Reihen der CSU die Zustimmung im Bundesrat infrage gestellt wird. Denn natürlich ist auch der Freistaat finanziell betroffen, wenn die Einkommensteuer an die Inflation tarifangepasst wird, weil der Anteil des Steueraufkommens natürlich auch an die Länder fließt. Es sollte doch eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, dass sich der Staat nicht zulasten der arbeitenden Bevölkerung an der Inflation bereichert.

(Beifall bei der FDP und der AfD)

Meine Damen und Herren von der CSU, wenn Sie das anders sehen, dann sagen Sie es den Leuten ins Gesicht. Sagen Sie ihnen ins Gesicht, dass die Bayerische Staatsregierung – anders als die Bundesregierung – nicht bereit ist, auf inflationsbedingte Zusatzeinnahmen zulasten der Bürger zu verzichten. Sagen Sie ihnen ins Gesicht, dass Sie sich an den bescheidenen Lohnerhöhungen, die noch nicht einmal die Preissteigerungen ausgleichen, auch noch bereichern wollen. Sagen Sie ihnen ins Gesicht, dass sie höhere Steuern zahlen sollen, obwohl ihr Reallohn sinkt. Sagen Sie es den Bürgern, oder stimmen Sie im Bundesrat für das Entlastungspaket der Bundesregierung!

(Beifall bei der FDP, den GRÜNEN und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, Ähnliches gilt auch für das bundesweite Bahnverkehrsticket, das die Ampel jetzt auf den Weg bringen möchte. Da reicht der Bund den Ländern, die eigentlich für den Nahverkehr zuständig sind, die Hand

(Zuruf: Unsinn!)

und bietet eine gemeinsame Finanzierung an. Man sollte meinen, dass sich die Staatsregierung darüber freut. Immerhin hat Markus Söder ja noch im Sommer eine Anschlussregelung für das 9-Euro-Ticket gefordert. Immerhin ist das auch etwas, das Sie sich eigentlich selber vorgenommen haben. Tatsächlich, 2018, Koalitionsvertrag CSU/FREIE WÄHLER – da beschließen Sie ein 365-Euro-Jahresticket für den Nahverkehr. Dass daraus – wie aus so vielen anderen Ankündigungen – nichts geworden ist: Schwamm drüber! Kennen wir von Ihrer Regierung! Wenn der Bund Ihnen aber jetzt die Hand reicht, das zu organisieren und mitzufinanzieren, und Ihr Verkehrsminister diese Hand ausschlägt, dann grenzt das an Arbeitsverweigerung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP, den GRÜNEN und der SPD)

Sie zeigen seit Monaten nur mit dem Finger nach Berlin, weigern sich, Ihre Hausaufgaben hier im Land zu erledigen. Wir appellieren an Sie: Verstehen Sie die Krise endlich als das, was sie ist, etwas, aus dem wir nur gemeinsam herausfinden!

(Beifall bei der FDP, den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht der fraktionslose Abgeordnete Kollege Swoboda. Zwei Minuten.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Hohes Haus, verehrte Bürger! Ja, ungeliebte SPD! Die Rentenkrise, die Eurokrise, die Viruskrise, die Energiekrise, die Migrationskrise, die Teuerungskrise oder gar die Krise der Demokratie – alles Krisen, die Sie, die SPD, mitverschuldet oder neuerdings selbst verursacht haben. Jetzt suchen Sie nach Schuldigen, die diese Krisen, die ich zusammenfassend Staatskrise nennen möchte, mitverantworten sollen. Sie brauchen sich hier im Saal – und natürlich auch in der Republik – nur umzuschauen, dann finden Sie genau die, die Sie suchen: Mitschuldige!

All diese Krisen degradieren den steuerzahlenden Bürger zum willfährigen Untertan, dem man sein hart verdientes Geld aus der Tasche zieht, um es ohne Gegenleistung

in die Taschen der Pharma-, Öl-, Gas- und Rüstungskonzerne oder in die der Klimawandelindustrie umzuleiten, aber auch in die Taschen der Empfänger permanenter staatlicher Transferleistungen. Sie, die Genossen von der SPD, nehmen mit Ihren dubiosen Krisenreaktionsmaßnahmen dem steuerzahlenden Mittelstand, der unser Land trägt, aber auch künftigen Generationen des bundesdeutschen Staatsbürgervolks mit rasanter Geschwindigkeit die hart erarbeitete bescheidene Existenzgrundlage. Sie alle spalten die bayerische Gesellschaft wie selten zuvor. Das zeigt auch diese heutige Aktuelle "Märchenstunde". Herausgekommen sind pure Hilflosigkeit, altbekannte Plattitüden und viel Geschrei. Sie paktieren mit Lobbyisten, getrieben von NGOs, der WHO, dem IWF, diversen Stiftungen und der deutschen EU-Ratspräsidentin. Allesamt sind nicht gewählt oder demokratisch legitimiert. Das ist Ihre Vorstellung von "Gemeinsam und sozial verantworten". – Nein, danke! So geht es nicht!

(Johannes Becher (GRÜNE): Das war auch eine Krise der Demokratie!)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht der Kollege Jochen Kohler für die CSU-Fraktion.

Jochen Kohler (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! "In der Krise gewinnen wir nur gemeinsam: Soziale Politik und Verantwortung für Bayern und Deutschland" – ja, dem Thema der heutigen Aktuellen Stunde kann ich voll und ganz zustimmen. Ja, wir brauchen eine soziale, verantwortungsvolle Politik, die den Menschen in den Blick nimmt. Ja, wir müssen in der aktuellen Krise zusammenstehen.

Aber leider hat das unsere Bundesregierung noch nicht verstanden. Das zeigt der Zickzackkurs der Ampel-Parteien in den letzten Wochen ganz deutlich. Allein das dritte Entlastungspaket der Bundesregierung hat wieder gezeigt: Es werden lediglich Symptome anstelle der Ursachen bekämpft. Die Einmalzahlungen für Rentnerinnen und Rentner in Höhe von 300 Euro und für Studierende in Höhe von 200 Euro sind doch nicht mehr als das nachträgliche Ausbügeln von Versäumnissen der ersten zwei

Entlastungspakete, meine sehr verehrten Damen und Herren. Auch die aktuellen Vorschläge der bayerischen SPD zeigen: Anstatt die eigenen Hausaufgaben zu machen, schiebt man lieber die Verantwortung auf Bayern. Doch damit, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, machen Sie es sich zu einfach. Wir lassen Ihnen das nicht durchgehen!

Schauen wir uns den Vorschlag doch mal im Einzelnen an, zum Beispiel den bayerischen Kinderzuschlag, wie in Ihrem Antrag gefordert. Mit einer Einmalzahlung in Höhe von 200 Euro pro Kind wird die aktuelle Krise aus unserer Sicht sicher nicht zu bewältigen sein. Zudem ist Bayern jetzt schon einen deutlichen Schritt voraus: Mit unserem Familiengeld zahlen wir den Eltern doch jetzt schon für jedes Kind im zweiten und dritten Lebensjahr 250 Euro, ab dem dritten Kind sogar 300 Euro. Mittlerweile gibt es das Familiengeld, liebe Kolleginnen und Kollegen, seit vier Jahren. Vor vier Jahren gab es noch keine Pandemie oder Energiekrise. Es bedeutet unter dem Strich drei Milliarden Euro für die bayerischen Familien. Rund 750.000 Kinder wurden hier bezuschusst. So geht effektive Unterstützung, liebe Kolleginnen und Kollegen, aber nicht so wie in Ihrem Vorschlag.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Auch das Krippengeld sowie der Beitragszuschuss für die gesamte Kindergartenzeit sind für unsere Familien eine wichtige Entlastung. Wir verschaffen den bayerischen Familien damit finanzielle Spielräume, die im Moment wichtiger denn je sind.

Zudem frage ich mich: Warum soll es diese Einmalzahlung nur in Bayern geben? Von der aktuellen Krise sind doch alle Familien im ganzen Land betroffen. Deshalb wäre es doch richtig und wichtig, wenn die Bundesregierung an dieser Stelle über ihre Verantwortung nachdächte und dieser nachkäme. Aber wie immer hier: Fehlanzeige.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der aktuellen Krise ist es so wichtig wie nie, dass unsere Sozialsysteme krisensicher gestaltet werden. Die Grundlage dafür ist, dass wir einen stabilen Arbeitsmarkt haben. Die Verantwortung dafür trägt Bayern sehr gut,

wenn man das so sagen darf. Bei uns im Bundesland gehen jeden Tag viele Millionen Menschen zur Arbeit und zahlen zuverlässig Steuern und Abgaben. Dazu haben wir in Bayern die niedrigste Arbeitslosenquote bundesweit. Darauf können wir wirklich stolz sein. Doch gerade jetzt in dieser Situation, wo viele Menschen mit geringem Einkommen nicht mehr wissen, wie sie ihre Rechnungen bezahlen sollen, treibt die Ampelkoalition ihre Pläne für das Bürgergeld voran. Dabei bedeutet doch eine verantwortungsvolle Sozialpolitik vor allem, dass sich Arbeit für den Einzelnen wirklich lohnt. Jetzt in der Krise gilt dies umso mehr. Aus unserer Sicht ist deshalb ein deutlicher Abstand zwischen Arbeitsentgelt und Grundsicherung und damit ein klarer Anreiz zur Aufnahme einer Beschäftigung wichtig. Ein altes Motto der CSU, "Fördern und Fordern", ist das Grundprinzip, an dem wir festhalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Arbeitsstaat, der Sozialstaat ist so gefordert wie lange nicht mehr. Wir nehmen unsere Verantwortung für Bayern sehr ernst. Wie unser Ministerpräsident bereits angekündigt hat, wird es einen bayerischen Härtefonds in Höhe von 500 Millionen Euro geben, von dem auch soziale Einrichtungen profitieren; denn für viele Menschen, aber auch für viele Unternehmen sowie für soziale Einrichtungen ist die Lage – man muss es so deutlich sagen – existenziell. Wir müssen deshalb alles tun, um deren Existenz zu sichern und eine Spaltung der Gesellschaft zu verhindern. Dafür stehen wir als Regierungsparteien. Dafür stehen wir als CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich, Herr Abgeordneter Kohler. – Ich darf als nächsten Redner den Abgeordneten Johannes Becher von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aufrufen. Bitte schön, Herr Abgeordneter Becher.

Johannes Becher (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Wichtigkeit von sozialer Politik in Zeiten der Krise wurde

heute vielfach betont. In der Mitte dieses Saales sehe ich in den Reihen der Regierungsfractionen keine 20 Leute mehr. Das ist schade.

(Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich denke, dass das Thema von größter Wichtigkeit wäre. Wichtig wäre auch, dass das Hohe Haus entsprechend anwesend ist, wenn solche Dinge diskutiert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Krisen haben wir genug. Wir haben Klimakrise, Energiekrise, Ukraine-Krise – alles große Krisen.

(Ulrich Singer (AfD): Regierungskrise ist das, was wir haben!)

Eigentlich wäre es jetzt Zeit, mit entsprechend hohem Verantwortungsbewusstsein gemeinsam zu schauen, wie man diese Krisen konstruktiv bewältigt. Ich erinnere an die Corona-Pandemie, wo es für meine Fraktion von großer Wichtigkeit war, diese Krise aus der Opposition kritisch, aber auch konstruktiv mit Verantwortung zu begleiten. Es ist jetzt meines Erachtens an der Zeit, dass die CSU sich für eine Politik zur Lösung der Probleme entscheidet. Dies ist wichtiger als der Landtagswahlkampf und die Angst vor dem Verlust der Regierung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD sowie Abgeordneten der FDP)

Heute ist viel über die Internationalität, über den Bund und über die Ampel und das, was sie tut oder nicht tut, gesprochen worden. Ich würde den Blick ganz gerne mal auf Bayern richten. Dafür wären wir eigentlich zuständig. Wenn wir in Bayern über soziale Gerechtigkeit, über Chancengerechtigkeit und Bildungsgerechtigkeit sprechen, dann ist die Frage der frühkindlichen Bildung von ganz entscheidender Bedeutung. Schauen wir, wie es in Bayern aussieht: Bekomme ich einen Kitaplatz? – Immer schwieriger. Ist es Kinderaufbewahrung oder individuelle Förderung? – Kommt darauf an. Ist das

Personal am Limit? – Immer mehr. Können wir den Rechtsanspruch für alle Kinder erfüllen? – Fragen Sie einmal bei den Kommunen, wie schwierig das ist.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD) – Zuruf der Abgeordneten Petra Guttenberger (CSU))

Haben wir eine Kitalandschaft, die Kindern, Eltern und dem Personal tatsächlich gerecht wird?

Meine Damen und Herren, die Lage wird überall in Bayern immer brenzlicher. Bis zum Jahr 2030 fehlen laut Bertelsmann Stiftung etwa 46.000 zusätzliche Fachkräfte. Die Kitas arbeiten bereits jetzt massiv am Limit. Der Hilferuf aus der Praxis wird immer lauter und eindringlicher. Das kündigt sich seit Jahren an, aber man hat die Beschäftigten nicht ernst genommen.

Meine Damen und Herren, wir müssen die Situation in den Kitas grundlegend verbessern, und zwar so schnell wie möglich.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Die Staatsregierung hat vor Jahren ein Bündnis für frühkindliche Bildung einberufen, das sie beraten soll. Dieses Bündnis hat zahlreiche Vorschläge gemacht, was zu tun wäre. Sie decken sich mit ganz vielem, was wir als GRÜNE-Landtagsfraktion immer wieder hier ins Hohe Haus einbringen.

Erstens. Maßnahmen zur Entlastung des Personals, Leitungs- und Verwaltungsbonus verstetigen, entbürokratisieren, Ziel: kleinere Gruppen, zusätzliche Zeitkontingente für die mittelbaren pädagogischen Tätigkeiten, für die Elterngespräche, für die Vorbereitung. Das muss refinanziert werden.

Zweitens. Wir müssen die Ausbildung ausweiten und attraktiver machen. Wir müssen die Ausbildungskapazitäten erhöhen. OptiPrax, das Modell des dualen Ausbildungs-

systems, müssen wir ausweiten und besser finanzieren. Wir müssen die Zahl der Studienplätze für Sozial- und Kindheitspädagoginnen ausweiten.

Drittens. Wir müssen die Potenziale ausschöpfen, die wir haben, den Quereinstieg ermöglichen, multiprofessionelle Teams fördern und die Kompetenzen von ausländischen Fachkräften, die bei uns leben, deren Berufsqualifikation, warum auch immer, aber nicht anerkannt wird, anerkennen. Wir brauchen endlich echte Verbesserungen in der Kindertagespflege mit Fachberatung, mit Vernetzung, mit Qualifizierung und vor allem mit echter Wertschätzung. Das wäre ein Zeichen der Zeit: Entlastung, Ausbildung und Ausschöpfen der Potenziale.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was macht die Staatsregierung aktuell in Bayern in Ihrer Verantwortung? – Sie experimentiert statt zu investieren. Experimentierklauseln sollen ausgenutzt werden. Statt einer Fachkraftquote gibt es eine Spielgruppe. Mehr Kinder sind in der Kindertagespflege und in der Minikita. Das Ergebnis: Eine Absenkung der Qualität wird billigend in Kauf genommen. Das ist keine Lösung für die Kitakrise. Im schlimmsten Fall führt es eher dazu, dass wir noch mehr Fachkräfte aus dem Bereich der frühkindlichen Bildung verlieren. Das kann doch niemand wollen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Soziale Politik in der Krise heißt, sich um alle Krisen zu kümmern und nicht nur um die, die gerade in der Überschrift dieser Aktuellen Stunde stehen. Es geht um soziale Gerechtigkeit, um Chancengerechtigkeit und um Bildungsgerechtigkeit. Wir brauchen strukturelle Verbesserungen im System der frühkindlichen Bildung. Daher sage ich Ihnen: Handeln Sie endlich zum Wohl des Personals und zum Wohl der Kinder, aber nicht auf Kosten der Qualität.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter Becher. – Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Seidenath für die CSU-Fraktion. Bitte schön, Herr Ausschussvorsitzender.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir wissen inzwischen, dass die SPD ihre Aktuelle Stunde mit den Worten betitelt hat: "In der Krise gewinnen wir nur gemeinsam: Soziale Politik und Verantwortung für Bayern und Deutschland!" Am Ende dieser Aktuellen Stunde können wir nur feststellen: Das ist ein guter, wichtiger und notwendiger Appell an die Bundesregierung und die Ampel-Fraktionen im Deutschen Bundestag. Ja, Herr von Brunn, wir sind in der schwersten Krise seit Jahrzehnten. Dann handeln Sie aber doch bitte in Berlin endlich nach dieser Erkenntnis! Sie wollten mit dem Verweis auf uns von Ihren Versäumnissen im Bund ablenken. In dieser heutigen Aktuellen Stunde haben wir ein einziges Ablenkungsmanöver erlebt. Sie stellen die Bundesregierung, und ich kann Frau Kollegin Lettenbauer nur beipflichten, die sagt: Wir brauchen eine handelnde Regierung, wir brauchen eine Regierung, die nicht nur verspricht. Herzliche Grüße nach Berlin!

Die aktuelle Situation mit Corona und den Preissteigerungen bei Energie und Lebensmitteln in der Folge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und die politischen Entscheidungen auf Bundesebene wie zum Beispiel die Abschaffung des Hygienezuschlags und des Ausgleichs für coronabedingte Mindereinnahmen setzen den Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen in Bayern massiv zu. Reha-Einrichtungen und viele Pflegedienste stehen in den nächsten Wochen vor einer großen Insolvenzwellen. Uns trifft das Nichthandeln des Bundes ganz besonders, da wir das Reha-Land Nummer eins sind. Ob wir in der Lage sind, Menschen nach Operationen zu mobilisieren und sie für ihre eigene Häuslichkeit wieder fit zu machen, ist ebenfalls Bestandteil von sozialer Politik und Verantwortung für unser Land.

Nur ein paar Zahlen: Die Bayerische Krankenhausgesellschaft hat ausgerechnet, dass ein Krankenhaus mittlerer Größe im nächsten Jahr über 6 Millionen Euro mehr für Gas

und Strom bezahlen wird als im Jahr 2021. Diese höheren Beträge können in keiner Weise durch die normalen Erlöse gedeckt oder anderweitig kompensiert werden. Expertenschätzungen zufolge sind es bundesweit 2,8 Milliarden Euro an Sachkostensteigerungen und 1,7 Milliarden Euro mehr Energiekosten für dieses Jahr in ganz Deutschland.

Die Vorschläge, die in Berlin auf dem Tisch liegen, sind vollkommen unzureichend. Das Finanzstabilisierungsgesetz ist ein Versorgungsdestabilisierungsgesetz. Sie setzen vollkommen falsche Schwerpunkte. Wir brauchen Erleichterungen für die Krankenhäuser und die Einrichtungen, und zwar jetzt. Ich frage mich manchmal, ob Sie das überhaupt wollen. Wollen Sie die Reha-Landschaft in Bayern überhaupt stärken und erhalten, weil Bayern das Reha-Land Nummer eins ist? – Ich glaube, Bayern zu helfen, ist in Berlin momentan nicht en vogue. Deswegen frage ich mich wirklich, ob Sie es wollen, Herr von Brunn, auch wenn Sie jetzt gehen. Ich frage mich wirklich, ob Sie das wollen, und zum Zweiten, ob Sie das auch können, weil der Bundesgesundheitsminister als SPD-Mann nicht selber entscheiden kann, sondern am Tropf der FDP hängt. Bei Corona hat der Justizminister die Politik gemacht, jetzt in der Krankenhauskrise bestimmt der Finanzminister die Politik. Ich kann Ihnen nur zurufen: Setzen Sie sich in Berlin durch. Seien Sie mutig! Es muss endlich Sozialpolitik für die Menschen in unserem Land gemacht werden.

Eine gute Blaupause wären die Hilfen, die wir in Bayern im Herbst 2020 gewährt haben. Im Vorgriff auf die zu erwartenden Bundeshilfen haben wir aus Bayern Überbrückungsbeihilfen geleistet. Damals haben Bund und Land Hand in Hand gehandelt. Gemeinsam, wie Sie es heute in der Aktuellen Stunde vorgeschlagen haben, haben wir seinerzeit die Reha-Kliniken und die Mutter-Vater-Kind-Einrichtungen bisher gerettet. Aktuell ist die Situation nicht weniger dramatisch.

Ich frage mich, welche Ideen Sie außer diesem salbungsvollen Titel der heutigen Aktuellen Stunde noch haben, uns zu helfen, statt durch verschiedene Strompreiszonen die Bürgerinnen und Bürger in Bayern besonders zu belasten. Ist das die soziale Poli-

tik und Verantwortung, die Ihnen vorschwebt? Wollen Sie Bayern mehr zahlen lassen, obwohl wir 9 Milliarden Euro in den Länderfinanzausgleich zahlen und obwohl Berlin das kostengünstige Nahverkehrsticket, von dem Frau Lettenbauer gerade gesprochen hat, nur durch bayerische Gelder finanziert? – Das kann es nicht sein.

Sozial wäre, dafür zu sorgen, dass die Menschen im Winter Strom haben und dass sie in ihren Wohnungen nicht frieren müssen. Der für Bayern zuständige Gasspeicher Haidach wird in den offiziellen Verlautbarungen der Bundesregierung nur auffallend wenig erwähnt. Der Füllstand ist mit aktuell 63,7 % unterdurchschnittlich. Sozial wäre, dass die Menschen ihren Arbeitsplatz behalten können und die Arbeitgeber nicht in Insolvenz gehen müssen. Sozial wäre, dass die Menschen Pflege erhalten und damit ein menschenwürdiges Leben führen können. Sozial wäre, dass die hohen Preissteigerungen abgefedert werden. Ich möchte hier auch eine Lanze für unser Landespflegegeld brechen, das Sie immer bekämpfen. 1.000 Euro für Pflegebedürftige ab Pflegegrad 2 sind unheimlich viel. Das sollten Sie einmal positiv erwähnen. Deshalb ist diese Aktuelle Stunde ein herzlicher Gruß nach Berlin. Es ist ernst; nicht nur, aber gerade in der Pflege. Tun Sie in Berlin etwas! Sie sind an der Macht.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke, Herr Abgeordneter Seidenath. – Das Wort hat jetzt die zuständige Staatsministerin Frau Ulrike Scharf. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema der Aktuellen Stunde "In der Krise gewinnen wir nur gemeinsam: Soziale Politik und Verantwortung für Bayern und Deutschland!" ist eine unerwartet gute Wahl. Jetzt ist der Vorsitzende wieder weg, mit der Verantwortung ist es wohl nicht weit her.

(Widerspruch der Abgeordneten Ruth Müller (SPD))

– Der war vorher auch schon eine halbe Stunde draußen. Verantwortung nimmt er anscheinend nicht so ernst, wie er es sollte.

(Florian von Brunn (SPD): Ich bin wieder da!)

– Ach, jetzt ist er wieder da.

(Arif Taşdelen (SPD): Wo ist denn der Herr Ministerpräsident? – Florian von Brunn (SPD): Herr Söder betreibt Arbeitsverweigerung!)

Der Titel der Aktuellen Stunde ist eine unerwartet gute Wahl. Herr von Brunn, hören Sie zu, nichts anderes praktizieren wir in Bayern seit zweieinhalb Jahren, wenn ich den Blick jetzt einmal auf die Zeit der Corona-Krise wenden darf. Unsere soziale Infrastruktur ist unbeschadet durch die Krise gekommen. Die Kommunen haben im Jahr 2021 sogar einen Rekordüberschuss verzeichnen können. Unsere Bürgerinnen und Bürger konnten sich auf uns verlassen. Ich nenne nur die Übernahme der Kitagebühren als ein Beispiel. Damit Menschen mit Behinderungen gut durch die coronabedingten Einschränkungen kommen konnten, haben wir die Corona-Steuerungsgruppe Behindertenhilfe eingerichtet. Für unsere Kinder und Jugendlichen haben wir ein umfassendes Unterstützungskonzept umgesetzt. Ich könnte die Liste noch weiterführen und will das auch gleich noch mit dem Landespflegegeld, das wir den Menschen zahlen, tun. Wir gewähren ein Bayerisches Familiengeld, das im Bund einzigartig ist. Wir gewähren ein Krippengeld und entlasten die Menschen bei den Kitabeiträgen.

Um es auf einen Punkt zu bringen: Das Thema der heutigen Aktuellen Stunde ist seit Langem unsere Handlungsmaxime und wird es auch in Zukunft sein. Das Ganztagsversprechen ab 2026, das wir abgegeben haben, wird zum Markenkern bayerischer Familienpolitik gehören. Das Familiengeld und das Krippengeld im Dienste der Familien gehört genauso zum Markenkern bayerischer Familienpolitik. Ich nenne nur drei Worte: Bayern. Gemeinsam. Stark. – Diese drei Worte waren nicht ohne guten Grund das Leitmotiv meiner Regierungserklärung Anfang Juli hier im Hohen Haus. Anscheinend haben die Kolleginnen und Kollegen von der SPD nicht genau zugehört; denn

sonst wüssten sie, dass die soziale Lage in Bayern gut und stabil ist, und zwar trotz der Corona-Krise. Ich darf Ihnen eine Empfehlung geben.

(Zeigt eine Broschüre)

Dazu gibt es einiges auch im Internet nachzulesen.

(Zuruf der Abgeordneten Ruth Müller (SPD))

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, unser bayerischer Sozialbericht spricht mit seinen Ergebnissen eine deutliche Sprache: Nach Bayern muss schauen, wer über Jahrzehnte sozial nachhaltige, krisenfeste und generationengerechte Politik sehen will, wer sehen will, wo die Zahl der Geburten in zehn Jahren um 30.000 auf 134.000 im Jahr 2021 gestiegen ist, weil die Menschen in ihre Zukunft vertrauen, wer sehen will, wie es eine kluge, langfristig angelegte Regierungspolitik schafft, dass Millionen von Familien von der niedrigsten Arbeitslosigkeit und der höchsten Erwerbstätigenquote profitieren, und wer sehen will, wie es gelingt, Menschen mit Behinderung, Jugendlichen mit schwierigen Voraussetzungen und den älteren Generationen sowie Millionen von Menschen mit Migrationshintergrund und zuletzt 180.000 geflüchteten Kriegsoptionen aus der Ukraine wie nirgendwo anders in Deutschland Unterstützung, Perspektiven und Chancen zu eröffnen; ebenso: Wer den Beweis sehen will, dass unser starker Sozialstaat auf der großartigen Lebenseinstellung von hilfsbereiten, aber auch von leistungsbereiten Menschen aufbaut,

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr (SPD))

dass das Prinzip von Fördern und Fordern das Fundament unserer solidarischen Leistungsgesellschaft ist.

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr (SPD))

– Liebe Frau Kollegin, ich empfehle Ihnen einfach, die Fakten und die Realität zu betrachten. Dann kommen Sie auch darauf: Wer das alles sehen will – und zwar an

Daten, Fakten und dem konkreten Alltag von mittlerweile 13,3 Millionen Bürgerinnen und Bürgern –, der sieht den Ausweis von sozialer Politik und Verantwortung; wer all das sehen will, der muss einfach nach Bayern schauen.

Bayern ist eine soziale Heimat und vor allem ein starker Standort. Bayern ist ein Chancenland für alle. Deshalb leben die Menschen so gerne hier in Bayern. Ich wiederhole mich gerne: Bayern. Gemeinsam. Stark.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese außergewöhnlichen Zeiten, in denen wir leben, machen uns bewusst, worauf Frieden, Freiheit und Demokratie aufbauen und dass sie gegen ihre Feinde verteidigt werden müssen. Krisenzeiten wie diese machen uns bewusst, worauf unser Wohlstand und vor allen Dingen unser Sozialstaat aufbauen. Die Bayerische Staatsregierung hat zusammen mit dem handlungsfähigen Bayerischen Landtag das Beste gemacht und die Corona-Krise bewältigt. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern, den Unternehmen und den Wohlfahrtsorganisationen werden wir auch die kommenden Monate bewältigen. Ich bin in engem Kontakt und stehe auch in ständigem Austausch mit dem sozialen Bayern, ebenso mit den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden. Jetzt, am kommenden Freitag, wird das nächste Treffen stattfinden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser Ministerpräsident hat mit einem Härtefallfonds eine ergänzende Hilfe angekündigt. Wir haben das heute schon einige Male gehört. Dieser beläuft sich auf insgesamt 1 Milliarde Euro. Wir werden ihn auf den Weg bringen. Es ist von Anfang an vollkommen klar: Das soziale Bayern wird durch ihn auch unterstützt. Ich begrüße das sehr und freue mich, wenn wir konstruktiv zu Lösungen kommen.

Was macht die Bundesregierung? – Ich kann Ihnen die Antwort nicht ersparen. Mittlerweile reicht es eigentlich, das ganze Chaos, das aus dem Bundeskanzleramt, aus dem Bundesfinanzministerium und aus dem Bundeswirtschaftsministerium über unser Land hereinbricht, in einigen Stichworten darzustellen.

Die ersten Entlastungspakete haben Rentnerinnen und Rentner ebenso vollkommen vergessen wie Auszubildende und Studierende. Lieber Johannes Becher, in diesen Zeiten vermehrter Zuwanderung wurden auch die Sprachkitas gestrichen. Übrigens trifft sich das Bündnis für frühkindliche Bildung in diesen Stunden. Ich war vor meiner Rede noch bei dem Treffen. Wir haben gemeinsam große Erfolge zu verbuchen. Ich kann dahin gehend anschließend noch gerne Einzelunterricht geben.

(Johannes Becher (GRÜNE): Dann finanzieren wir die Sprachkitas aus Bayern!)

Also: Sprachkitas gestrichen, monatelang Menschen in Sorge und Unsicherheit zurückgelassen, Androhung der preistreibenden Gasumlage. Herr von Brunn hat heute gesagt: Wir senken den Gaspreis. Also haben Sie sie schon gestrichen? Wir wissen dazu noch nichts. Haben Sie Ihren Einfluss aus Bayern schon geltend gemacht?

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Stichwort: Wirtschaft und Mittelstand. Beide wurden beim dritten Entlastungspaket einfach nicht berücksichtigt. Es kommt vielleicht doch noch etwas Bewegung in die Sache. Stichwort Atomkraft – gestern nein, heute mit ein bisschen Reserve. Stichwort 9-Euro-Ticket – ja, aber bezahlen sollen es bitte die Länder. – Das alles ist einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung unwürdig. Gerade dieses handwerkliche Totalversagen zeigt, was die GRÜNEN im Kern immer waren und was sie in Bayern immer bleiben werden nämlich eine Nichtregierungsorganisation.

Die Aufgabe von Politikerinnen und Politikern ist es, sichere und verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen, auf die sich unsere Bürger und Bürgerinnen verlassen können. Stattdessen liefert uns die Ampel ein heilloses Durcheinander und ist beherrscht von Uneinigkeit und Planlosigkeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayern ist ein wohlhabendes Land, bietet hohe Lebensqualität und attraktive soziale Lebensbedingungen. Aber natürlich gibt es immer Handlungsbedarf. Natürlich werden auch wir weiterhin alles dafür tun, dass sich die

Menschen im Freistaat auch in Zukunft auf verlässliche, soziale Rahmenbedingungen stützen können. Wir müssen unser Land jetzt beschützen. Wir nehmen ergänzend zu dem, was der Bund leisten muss, selber Geld in die Hand. Wir als Staatsregierung wissen, dass eine Krise nur gemeinsam zu bewältigen ist. Unser Engagement auf der Länderebene wird allerdings nicht ausreichen, um gut durch die Krise zu kommen. Da ist und bleibt der Bund gefragt. Die Lage ist ernst. Das müssen auch endlich die Ampel-Parteien einsehen und sich einmal zusammenraufen. Wenn sie das geschafft haben, muss der Bund die Länder stärker beteiligen, und zwar nicht nur an den Kosten, sondern vor allem auch an den Entscheidungen. Politische Ideologien helfen hier niemandem.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Das sollten Sie auch selber mal merken!)

– Ja, ja! – Sie schaden den Menschen und dem sozialen Zusammenhalt. Die Krise kann immer nur im Miteinander von Bund, Ländern, Kommunen und Bürgerinnen und Bürgern überwunden werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als Bayerische Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales gebe ich ein Zukunftsversprechen für das soziale Bayern ab: Die Menschen in Bayern können sich auf unseren starken Sozialstaat verlassen. Die sozialen Netze bleiben fest und stabil.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Lassen Sie uns Bayern als Chancenland gestalten, und zwar sozial und wirtschaftlich erfolgreich gerade dann, wenn die Zeiten härter werden! Stärken wir den Zusammenhalt, und verteidigen wir unsere Demokratie gegen ihre Feinde, damit Bayern so bleibt, wie wir es lieben, nämlich als unsere soziale und menschliche Heimat, und damit auch in Zukunft gilt: Bayern. Gemeinsam. Stark.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.